

Munizipalwahlen in Bolivien: politische Partizipation im Test

Minkner-Bünjer, Mechthild

Veröffentlichungsversion / Published Version
Arbeitspapier / working paper

Zur Verfügung gestellt in Kooperation mit / provided in cooperation with:
GIGA German Institute of Global and Area Studies

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Minkner-Bünjer, M. (2005). *Munizipalwahlen in Bolivien: politische Partizipation im Test*. (Brennpunkt Lateinamerika, 6). Hamburg: Institut für Iberoamerika-Kunde. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-443973>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer CC BY-NC Lizenz (Namensnennung-Nicht-kommerziell) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu den CC-Lizenzen finden Sie hier: <https://creativecommons.org/licenses/by-nc/4.0/deed.de>

Terms of use:

This document is made available under a CC BY-NC Licence (Attribution-NonCommercial). For more information see: <https://creativecommons.org/licenses/by-nc/4.0>



BRENNPUNKT LATEINAMERIKA

POLITIK · WIRTSCHAFT · GESELLSCHAFT

INSTITUT FÜR IBEROAMERIKA-KUNDE HAMBURG

Nummer 6

18. März 2005

ISSN 1437-6148

Munizipalwahlen in Bolivien: Politische Partizipation im Test

Mechthild Minkner-Bünjer

Nach tagelangen Straßenblockaden und Protesten reichte Staatspräsident Carlos Mesa am 8. März 2005 sein Rücktrittsgesuch beim Kongress ein. Er führte zur Begründung an, dass der MAS, die Nachbarschaftskomitees von El Alto, die „Autonomisten“ aus Santa Cruz und ein Teil der Unternehmer keine dem bolivianischen Volke zugute kommende Regierungstätigkeit zulassen würden. Das „Gas-Referendum“ vom 18. Juli 2004 hatte dem Staatspräsidenten nur wenige Monate das Überleben gesichert; nunmehr setzte er in seinen Forderungen alles auf eine Karte: Abschluss eines Regierungspaktes, der auch die Verabschiedung eines für Bolivien durchsetzbaren Erdöl- und Erdgasgesetzes sowie die Durchführung der Verfassungsgebenden Versammlung ermöglichen würde, oder Rücktritt im Rahmen der verfassungsmäßigen Ordnung. Der Kongress hatte innerhalb von 48 Stunden zu entscheiden. Die Annahme des Rücktrittsgesuches wäre einem totalen Versagen aller traditionellen und neuen politischen Akteure gleichgekommen, die sich auf den steinigen Weg der Entwicklung der bolivianischen Demokratie eingelassen hatten. Indigene und andere soziale Bewegungen sowie ihre Interessen vertretende Parteien haben bisher ihre vielfältigen Möglichkeiten der Partizipation und der Übernahme politischer Verantwortung mehr zur Verteidigung von Gruppeninteressen genutzt als zum Wohle der breiten Masse. Ferner gelang es nicht, mittels der Partizipation in den Munizipien die Struktur und Funktionsfähigkeit der demokratischen Institutionen, speziell der Parteien, auf nationaler Ebene zu verbessern. Mit den Verfassungsänderungen von Februar 2004 und dem Gesetz 2774 über die Agrupaciones Ciudadanas (AC) und Pueblos Indigenas (PI) vom 6. Juli 2004 wurde das Monopol der politischen Parteien formell auf allen Ebenen aufgehoben. Die Munizipalwahlen vom 5. Dezember 2004 waren ein erster Test für die neu geschaffenen Partizipationskanäle.

Die Munizipalwahlen 2004 spiegeln in ihrem Wahlkampf, ihrem Ablauf, ihren Ergebnissen und ihren Wirkungen die Krisenerscheinungen wider, die verstärkt seit Oktober 2003 die Entwicklung Boliviens erschüttern und das soziale Klima angeheizt haben.

Das demokratische Regelwerk ist auch nach mehr als 20 Jahren Transition schwach ausgebil-

det; der Vertrauensvorsprung der Bevölkerung für die Regierenden hat sich überwiegend in das Gegenteil verkehrt. Populistische Kandidaten ohne größere politische Erfahrung und ohne Unterstützung mehrheitsfähiger Parteien gelangen immer häufiger in die höchsten Ämter des Staates. Die traditionellen Parteien sind obsolet, zerspalten, korrupt und mehrheitlich ohne ausrei-

chende Legitimationsbasis in der Bevölkerung. Neue politische Bewegungen, Wählervereinigungen und Organisationen sprießen üppig, auch aufgrund der gesetzlich verankerten und geförderten Partizipation. Die Basis, die Protestbewegungen und die ihre Interessen vertretenden Parteien konnten bisher weder mit der konfliktbeladenen Lage verantwortungsvoll umgehen noch die Partizipationsmöglichkeiten nutzen, um eine reale Konkurrenz und Alternative zu den traditionellen politischen Akteuren darzustellen.

Die Enttäuschung über die geringe Leistungs- und Problemlösungsfähigkeit der demokratisch gewählten Institutionen (speziell Regierung, aber auch Abgeordnete) schlägt sich wie eh und je in anhaltenden Demonstrationen, Streiks und Gewalt auf den Straßen nieder. Mittels Massenprotesten haben die Basisorganisationen im Oktober 2003 zum ersten Mal seit Beginn der Transition die „demokratisch verbrämte“ Abdankung des Staatspräsidenten erzwungen, die vom Militär gedeckt und von den befreundeten Staaten akzeptiert wurde.

Die sozioökonomische und politische Polarisierung und der Zentralismus werden von den aufstrebenden Regionen, insbesondere von deren Eliten, mit immer drängender werdenden Autonomieforderungen beantwortet. Die prekären Lebensgrundlagen großer Teile der Bevölkerung verschlechtern sich durch die politische und wirtschaftliche Instabilität, die Pfründewirtschaft und die Korruption sowie durch die von außen oktroyierten Programme (z.B. die Antidrogenprogramme der USA, die neoliberale Politik des IWF).

Die Wirtschaftsstruktur und die wenigen mittleren und großen Unternehmen haben sich durch die Privatisierung und durch den Zufluss ausländischer Direktinvestitionen im Zuge der neoliberalen Wirtschaftspolitik nicht – wie erhofft – modernisieren und konkurrenzfähiger werden können. Neue Arbeitsplätze im formellen Sektor sind kaum entstanden. Dagegen haben sich der informelle Sektor und die illegalen Aktivitäten wie Schmuggel, Geldwäsche und die Kokainindustrie ständig ausgeweitet.

Die Bevölkerung perzipiert mehrheitlich, dass die demokratisch gewählten Regierungen gescheitert und die von ihnen durchgeführten wirtschaftlichen und politischen Reformen einer Minderheit zugute gekommen sind.

Die 1994 und 1995 mit den Gesetzen 1551 und 1654 von oben verfügte Partizipation und Dezentralisierung haben bisher wenig zur Diversifizierung und Aktivierung der lokalen Wirtschaft beigetragen; auch gelang es nur in Ausnahmefäl-

len, positiv auf die Struktur und Funktionsfähigkeit der demokratischen Institutionen, speziell auf die Interessenvertretung durch die politischen Parteien, einzuwirken.

Parteien und Munizipalwahlen: Ein kurzer Rückblick

Das Alter und die Zahl der für die Wahlen registrierten Parteien, ihre Stimmenanteile, der Prozentsatz der Wähler und der Verweigerer bei den nationalen und lokalen Urngängen, die Zahl der Neugründungen von politischen Organisationen und die Ergebnisse der regelmäßigen Umfragen über das Vertrauen in die Parteien und die Politiker sind Indizien dafür, ob die demokratische Kultur und das Vertrauen in die Parteien in der Gesellschaft verankert sind.

2004 verteilten sich die an den Munizipalwahlen teilnehmenden 16 Parteien mit einer gültigen Registrierung in der *Corte Nacional Electoral* (CNE) gemäß ihrem Gründungsdatum wie folgt:

1935-1980: 5 Parteien

1981-2000: 7 Parteien

2001-2004: 4 Parteien

(Quelle: www.cne.org.bo; Documento de Información Pública, No. 1, 09/2004).

Viele der politischen Bewegungen, die für die Munizipalwahlen seit der Transition 1987 von der CNE registriert worden sind, waren „Eintagsfliegen“, die nur zum Teil als lokale politische Strukturen und Sammelbecken weiter existieren. Dazu gehören u.a. knapp ein Dutzend marxistisch-kommunistisch und sozialistisch orientierter Gruppierungen.

Die älteste und traditionsreichste Partei Boliviens ist der *Movimiento Nacionalista Revolucionario* (MNR, 1935), gefolgt vom *Movimiento de la Izquierda Revolucionaria-Nueva Mayoría* (MIR-NM, 1971) und der *Acción Democrática Nacionalista* (ADN, 1979). Der MNR mit seinem legendären Führer Víctor Paz Estenssoro hat zwischen 1952 und 1964 in der revolutionären Phase und nach Überwindung der Militärdiktaturen ab 1982, z.T. im Bündnis mit MIR und ADN, grundlegende Veränderungen in der bolivianischen Gesellschaft herbeigeführt. Jedoch wurden die Voraussetzungen für die Überwindung von Unterentwicklung, Abhängigkeit und Armut nicht nachhaltig verbessert. Alle drei Parteien waren noch bei den Munizipalwahlen 1999 die stimmstärksten Parteien.

Der *Partido Demócrata Cristiano* (PDC) – wie in anderen Ländern Lateinamerikas in den 1950er

Jahren gegründet – hat seinen kleinen Wähleranteil über 50 Jahre gehalten, konnte sich aber in Bolivien – im Gegensatz z.B. zu Chile – nie zu einer Partei mit Gewicht entwickeln. Er erreichte bei den Munizipalwahlen 1987 0,83% und 1999 nur 0,38% der abgegebenen gültigen Stimmen.

Der Stimmenanteil der beiden (auch 2004 registrierten) am äußersten linken bzw. linken Rand angesiedelten Parteien, der *Frente Revolucionario de Izquierda* (FRI, 1979) und der *Movimiento Bolivia Libre* (MBL, 1985), hat ebenfalls bis heute stagniert bzw. stark fluktuiert. Der FRI errang bei den Munizipalwahlen 1987 bis 1999 jeweils nur zwischen 1,55% und 3,12% der Stimmen. Der MBL, 1985 für die ersten demokratischen Wahlen nach den Militärregierungen gegründet, hatte immer mit außerordentlich wechselnden Stimmanteilen zu kämpfen (z.B. 1991: 5,74%, 1995: 13,28% und 1999: 4,47%). Aufgrund seines relativ hohen Stimmenanteils agierte er bei politischen Pakten zeitweilig als Zünglein an der Waage.

Von den nach der Periode der Militärdiktaturen gegründeten Parteien haben die *Unión Cívica Solidaridad* (UCS, 1989), die *Conciencia de Patria* (Condepa, 1989) und die *Nueva Fuerza Republicana* (NFR, 1995) zum einen regional und lokal, zum anderen als Bündnispartner mit den Mehrheitsparteien auch nationale Bedeutung erlangt. Sie bezeichneten sich als „neopopulistisch“, um sich von den traditionellen Parteien abzusetzen. Ihr Wählerpotential war regional konzentriert, und sie stützten sich auf einen charismatischen Führer. Es waren aufstrebende Bewegungen, die sich aber aufgrund von Führungsstreitigkeiten und Abspaltungen weder unter ihrer regionalen Wählerschaft noch in ihren Perspektiven auf der nationalen Ebene konsolidiert haben. Bei den Munizipalwahlen 1999 schon rückläufig, sind vor allem Condepa und UCS seit den Munizipalwahlen 2004 in die Bedeutungslosigkeit zurückgefallen. Der NFR könnte, falls Manfredo Villas Reyes diesen Wählerverein in der Zukunft nicht mehr anführen sollte, bei den Wahlen 2007 ein ähnliches Schicksal blühen.

Die mit den indigenen Völkern und ihrer Kultur verbundenen Parteien sind aus dem Kampf der (Koka-)Bauernverbände, der Landarbeitergewerkschaften und der *Comunitarismo*-Bewegung entstanden. Ein Teil von ihnen vertritt demokratisch orientierte Positionen, andere sind in der radikal-revolutionären Tradition verhaftet. Der radikale Diskurs einiger Führer hat zu Spaltungen geführt; auch untereinander sind die Bewegungen vielfach zerstritten. Sie beteiligten sich zeitweilig an den

Wahlen, ihre Stimmanteile waren immer fluktuierend, einige haben ihre Registrierung bei der CNE aufgrund der 3%-Klausel (erforderlicher Mindestanteil an den gültigen Stimmen der letzten Wahl) verloren; sie konnten infolgedessen nicht an den Wahlen teilnehmen.

Die Führer des *Movimiento al Socialismo* (MAS) und des *Movimiento Indígena Pachakuti* (MIP), 1987 bzw. im November 2000 gegründet, sind beide aus der *Campesino*-Bewegung hervorgegangen. Bei der Parlamentswahl 2002 katapultierte sich der MAS mit 27 Abgeordneten und sieben Senatoren im ersten nationalen Anlauf nach dem MNR auf die zweitbeste Platzierung. Der MIP lag mit sechs Abgeordneten vor der UCS (5), der ADN (4) und dem PS (1). Bei den Munizipalwahlen 1999 hatte der MAS einen Achtungserfolg von 3,27% erreicht. Die Basis reklamierte inzwischen, dass sich Evo Morales (MAS) und Felipe Quispe (MIP) in den letzten Jahren zu politischen *caudillos indígenas* entwickelt und bei den anderen Parteien als Mehrheitsbeschaffer „angedockt“ hätten.

Zwischen 1987 und 1999 hat sich die Zahl der registrierten Wähler für die in diesem Zeitraum abgehaltenen sechs Munizipalwahlen von etwa 1,8 Mio. auf etwa 3,57 Mio. erhöht und damit fast verdoppelt. Gleichzeitig ging der Anteil der Personen, die gewählt haben, von 71,12% auf 59,45% zurück. Der hohe Prozentsatz der Wähler, die trotz Wahlpflicht ihre Stimme verweigern, ist ein Indiz für die geringe Zufriedenheit der Bürger mit den Parteien und der Regierung: Der Anteil erhöhte sich von etwa 29% auf 41% (CNE, Dok. 1/2004, www.cne.bo.org).

Die Ergebnisse der Umfragen des *Latinobarómetro* 1996-2004 (www.latinobarometro.org) über die Einstellung der Bolivianer zur Demokratie unterstreichen diese Tendenz. Laut dieser Umfrage stehen die Parteien an letzter Stelle im Vertrauen der Bürger und zwar seit 1996 mit zunehmend negativer Tendenz. Besonders problematisch ist, dass ganz allgemein das interpersonelle Vertrauen in Bolivien abgenommen hat. Wenn 2002/2003 etwa 28% der Befragten antwortete, dass man der Mehrzahl der Mitmenschen vertrauen könne, dürfte das mit einem kurzfristigen Stimmungshoch in der Bevölkerung aufgrund des Amtsantrittes von Gonzalo Sánchez de Lozada für seine zweite Präsidentschaft stehen (2004 wiederum Rückgang auf 14%); denn während seiner ersten Amtszeit (1993-97) war in der Bevölkerung die Hoffnung aufgekeimt, dass sich die Entwicklung des Landes zu Gunsten der breiten Masse konsolidieren könnte. Die Wähler

wurden schwer enttäuscht: Sánchez de Lozada musste im Oktober 2003 nach anhaltenden Masendemonstrationen zurücktreten.

Die Stimmenanteile der traditionellen Parteien bei den Munizipalwahlen sind zwischen 1987 und 1999 (CNE, 1/2004, www.cne.org.bo) schwankend und im Durchschnitt rückläufig gewesen. Das heißt, die Mehrzahl der Parteien hätte Bündnisse eingehen müssen, um mehrheitsfähig zu sein. Bei den Munizipalwahlen 1999 (letzte Wahl vor der Verfassungsänderung 2004) schrieben sich etwa 30 Parteien und Wählervereinigungen ein; davon nahmen letztlich 18 an den Wahlen teil. Von diesen 18 vereinten sechs Parteien, d.h. ein Drittel, mehr als drei Viertel der gültigen Stimmen (rund 2 Mio.) auf sich. 51% davon entfielen auf die traditionellen Parteien, auf die regionalen Bewegungen UCS 11,8% und FNR 8,30%. MAS konnte mit 3,27% unter den zum Teil von einer radikalen Basis unterstützten neuen politischen Bewegungen einen vorderen Platz belegen. Dreizehn politische Parteien mit weniger als 5% der gültigen Stimmen bei den Munizipalwahlen 1999 unterstreichen, wie schwierig es für neue politische Gruppen ist, trotz Ablehnung und harscher Kritik an den traditionellen Parteien, in der Bevölkerung Fuß zu fassen, ihre Stimme für den Urnengang und für einen nicht etablierten Kandidaten zu mobilisieren.

Participación Popular (PP): Veränderungen in den Munizipien

Seit Mitte der 1990er Jahre haben die administrative Dezentralisierung und die *Participación Popular* die institutionellen, finanziellen und sozialen Grundlagen der Munizipien und damit auch den Rahmen, in dem die Munizipalwahlen stattfinden, entscheidend verändert. Anfänglich verfügten 24 Munizipien über eigene Finanzierung, mit der ab 1994 für sie beginnenden Beteiligung an den Steuern waren es 314, und heute sind es 327 Munizipien. Allerdings sind viele von ihnen aufgrund von Misswirtschaft und Korruption „notleidend“, ihre Konten wurden zeitweilig von der Regierung gesperrt. Nur etwa 40% der Kommunen sollen derzeit effizient verwaltet sein. Die staatlichen Investitionen in den Munizipien erhöhten sich von 3% auf etwa 33%. Vor der PP konzentrierten sich mehr als 75% der staatlichen Ausgaben in den Munizipien der Achse La Paz, Cochabamba und Santa Cruz. 2002 entfielen aufgrund der neuen Verteilungsschlüssel 64% auf die ländlichen und 36% auf die städtischen Munizipien. Durch die Reorientierung der Investitionen hat sich laut UDAPE (*Unidad de*

Análisis de Políticas Sociales y Económicas) die Versorgung der Bevölkerung, vor allem in den ländlichen Gebieten, mit grundlegenden Dienstleistungen (u.a. Wohnungsbau, Wasser- und Abwasserversorgung, Gesundheits- und Erziehungswesen) entscheidend verbessert, und die extreme Armut sich vermindert hat (UDAPE: *Mapas de la pobreza 1994-2002*).

Im Zuge der Implementierung der PP wurden 314 (jetzt: 327) Aufsichtskomitees zur Überwachung und Kontrolle der Investitionen und der Munizipal Haushalte gebildet. 15.000 Basisorganisationen wurden staatlich anerkannt. In jedem der neun Departements wurde ein Kommunalverband (*Asociación municipal*) gegründet; die Verbände schlossen sich zu einem nationalen Dachverband zusammen.

Eines der Hauptprobleme der Dezentralisierung ist auch nach zehn Jahren die nicht ausreichend funktionierende Zusammenarbeit zwischen den Munizipien und den Provinzen und infolgedessen mit der nationalen Ebene. Es gibt keinen integralen Ansatz in der Munizipalpolitik, und es wird zu wenig berücksichtigt, dass Boliviens Bevölkerung multiethnisch und multikulturell ist. Häufig wird auch kritisiert, dass die PP nicht mehr als ein Transfermechanismus und eine „Abgabe“ von Teilen des Staatshaushaltes sowie seiner Einnahme- und Kreditquellen sei. Der materielle Aspekt und nicht der Dialog, die Diskussion und die Partizipation ständen im Munizip und in der Zusammenarbeit mit der Zentralverwaltung im Vordergrund.

Neuerungen in der Gesetzgebung für die Munizipalwahlen 2004

Die Munizipalwahlen 2004 versprachen mehr Spannung im Ablauf und in den Ergebnissen als in den vergangenen Jahren, einerseits aufgrund der misslichen Lage der Parteien, andererseits weil eine neue Ära in der Demokratisierung der Wahlen und des gesamten politischen Regelwerkes eingeläutet werden sollte. Am 20. Februar 2004 waren Verfassungsänderungen (Art. 222 und 223) in Kraft getreten, die die Zulassung neuer Partizipationskanäle bei lokalen und nationalen Wahlen und damit die breitere Beteiligung der organisierten Zivilbevölkerung zum Inhalt hatten. Das Monopol der Parteien als Mittler zwischen Bevölkerung und Regierung wurde mittels der Beteiligung von Bürgergruppierungen und von indigenen Völkern – formell gesehen – aufgehoben. Staatlich anerkannte Basisorganisationen und ihre Kandidaten – und damit weitaus mehr Bürger als früher – können sich seitdem zur

Wahl für die Exekutive und die Legislative auf nationaler und kommunaler Ebene stellen.

Die Repräsentativität und Legitimität des demokratischen Regelwerkes könnten signifikant zunehmen, wenn die Bürger, vor allem auch der unteren Einkommensschichten, diese – auf die Ebene der politischen Verantwortung, Entscheidung und Gestaltung – erweiterte *Participación Popular* in der Zukunft entsprechend nutzen würden. Dieses würde allerdings voraussetzen, dass das „von oben“ verfügte Recht weder durch die Parteien ausgehebelt noch für ihre Interessen manipuliert und pervertiert würde. Das Gesetz sieht deshalb zum Beispiel vor, dass nur *Agrupaciones Ciudadanas* (AC) bzw. *Pueblos Indígenas* (PI) jeweils untereinander – und auch nicht mit Parteien – Wahlbündnisse eingehen können. Das schließt aber nicht aus, dass zum Beispiel die AC insgesamt in ihren Mitgliedern und ihren Funktionen „parteilich unterwandert“ wird.

Das Gesetz 2774 über die AC und PI vom 6. Juli 2004 ergänzt und erweitert die *Participación Popular* (Gesetz Nr. 1551 vom 20.4.1994) und die *Descentralización Administrativa* (Gesetz Nr. 1654 vom 28.7.1995). Es verfügt, dass die AC und PI mit dem Ziel geschaffen werden, sich an der Politik des Landes zu beteiligen, indem sie an den Wahlen auf lokaler und nationaler Ebene teilnehmen. Ferner bestimmt das Gesetz, wie und zu welchen Bedingungen sich die AC und die PI organisieren, unter welchen Bedingungen sie den Status einer juristischen Person durch die CNE erhalten, wie sie an den Wahlen teilnehmen und für welche Ämter sie passives Wahlrecht haben. Ihre VertreterInnen können auf nationaler Ebene für die Verfassungsgebende Versammlung, für das Amt des Staatspräsidenten und des Vizepräsidenten, für den Senat und die Abgeordnetenkammer kandidieren; auf lokaler Ebene stehen ihnen die Kandidaturen für das Amt des Bürgermeisters, als Mitglied des Stadtrates sowie als *Agente Municipal* in den 1.384 Kantonen (Untergliederung des Munizips) offen.

Um das passive Wahlrecht für die Exekutive auf nationaler Ebene ausüben zu können, benötigen die neuen Organisationen Unterschriften in Höhe von 2% der gültigen Stimmen der letzten Wahlen in dem entsprechenden Munizip. Das Gleiche gilt für die Munizipal- und Parlamentswahlen. Bei der Aufstellung der Listen ist jeweils ein Anteil von 50% Frauen zu berücksichtigen.

Hervorzuheben ist, dass der Gesetzgeber die „Entmonopolisierung“ der Parteien nicht nur für die Munizipalwahlen sondern auch für die Präsidentschafts- und Parlamentswahlen verfügt hat.

Die für die Parteien geltende Quote von 30% weiblicher Kandidaten wurde für die AC und die PI auf 50% ausgeweitet.

Die *Participación Popular* (Gesetz 1551 vom 20.4.1994) beinhaltet:

Die öffentliche Verwaltung ist territorial auf der Grundlage der Munizipien (derzeit: 327) zu organisieren und damit zu dezentralisieren.

Die Munizipalregierungen sind als zentrale Akteure der staatlichen Verwaltung zu stärken, und ihre Kompetenzen sind auf wichtige lokale Bereiche wie Infrastruktur, Gesundheitswesen, Bildung, ländliche Entwicklung, Wegebau, Kanalisation, Wasserversorgung, kleine Bewässerungsvorhaben, Stadtplanung, Wohnungsbau, Sport und Kultur auszudehnen.

Den Munizipien sind Finanzmittel bzw. Einnahmequellen zu übertragen, um die staatlichen Tätigkeiten durchführen und verwalten, sowie die erforderlichen Investitionen tätigen zu können.

Der Prozess der gesellschaftlichen Partizipation ist durch die Eingliederung der *Comunidades Campesinas*, der *Comunidades y Pueblos Indígenas* sowie der Nachbarschaftskomitees in die staatliche Struktur zu fördern und zu konsolidieren. Die sozialen Organisationen erhalten den Status einer juristischen Person und werden als Territoriale Basisorganisationen (*Organizaciones Territoriales de Base* – OTB) anerkannt.

Die partizipative Demokratie wird durch die Beteiligung der Bürger an der lokalen staatlichen Tätigkeit in Form der Aufsichtskomitees, die die Investitionen und ihre Finanzierung überwachen sowie den Haushalt und die Investitionen kontrollieren, gefördert.

Quelle: www.cedib.org.bo

Ablauf der Munizipalwahlen 2004

Gemäß Berichten und Kommentaren in den Medien war die Frist bis Anfang Oktober für die Mehrzahl der AC und der PI zu kurz, um die komplexen Erfordernisse der Registrierung zu erfüllen; entsprechend nahmen weniger Bürgergruppen und indigene Völker an den Wahlen teil als zunächst vermutet. Die 16 Parteien stellten 76%, die Bürgergruppen 20% und die indigenen Völker 4% der Kandidaten.

Auch die Zeit für die Wahlkampagne reichte, vor allem in den ländlichen Gebieten, nicht aus, um die Organisationen und ihre Kandidaten bekannt zu machen. Der Wahlkampf war durch die Vielzahl der Gruppen kompliziert; die Kandidaten kämpften zum Teil mit harten Bandagen. Wie in der Vergangenheit wurden die Wähler mit demagogischer und

nichtssagender Propaganda sowie mit unhaltbaren Versprechen der Kandidaten überschwemmt. Vollerorts wurde der Wahlkampf zu einer Schlamm-schlacht der Kandidaten untereinander; die Wahlveranstaltungen glichen – mangels Programm und politischer Erfahrung der Kandidaten – häufig einem Karneval oder einer *Feria*.

Die Wahlbeobachter der OEA (*Organización de Estados Americanos*) testierten den Bolivianern, dass die Wahlen selbst in einem Klima der

Ruhe, Toleranz und Respekt verlaufen seien. Sie hoben hervor, dass der Bevölkerung durch die Verfassungsänderung erstmalig innovative Formen der politischen Partizipation eröffnet worden seien. Rund 45.000 Soldaten und Polizisten sorgten am 5. Dezember für Ruhe und Ordnung auf den Straßen und in den Wahllokalen. Trotzdem blieb es nicht aus, dass Wahlmanipulationen gemeldet wurden.

Tabelle 1: Registrierte Bürgergruppierungen und indigene Völker* für die Munizipalwahlen nach Größe der Departements gemäß qkm und Einwohnerzahl

Departement	Einwohner (in 1000)**	Fläche (in qkm)	PI	AC
La Paz	2.350	133.985	17	95
Santa Cruz	2.029	370.621	5	59
Chuquisaca	532	51.524	2	14
Cochabamba	1.456	55.631	12	80
Oruro	392	53.588	12	34
Pando	53	63.827	1	5
Potosí	709	118.218	22	29
Beni	363	213.564	5	9
Tarija	391	37.623	3	19
Gesamt	8.274	1.098.581	79	344

* Nicht alle registrierten AC/PI beteiligten sich an den Munizipalwahlen.

** Volkszählung 2001, www.ine.gov.bo

Quelle: CNE, Doc.Inf.Pub. 2.10.2004, www.cne.org.bo

Ergebnisse der Munizipalwahlen: Traditionelle Parteien abgestraft

Eine Zusammenfassung der digitalisierten Einzelergebnisse u.a. nach Munizipien, Departements, Parteien, AC und PI, ländlichen und städtischen Gebieten insgesamt ist bei der CNE offiziell (über das Internet) noch nicht zugänglich. Die nachfolgende Analyse basiert auf den bisher in den Medien veröffentlichten Informationen über die Hauptstädte der neun Departements und El Alto sowie auf einigen Angaben für die nationale Ebene.

Die Ergebnisse der Munizipalwahlen vom 5. Dezember 2004 haben die seit langem bekannte Tendenz unterstrichen, dass die Wähler – aus Frust über die Regierungspolitik, die Korruption, die desolante Situation der Parteien sowie die nicht den Interessen der breiten Masse entsprechende Arbeit der Abgeordneten – die traditionellen Parteien abstrafen würden: einerseits durch die Wahlverweigerung, die trotz der Beteiligung der

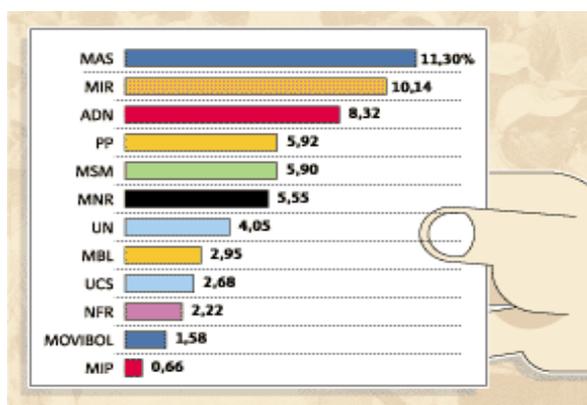
Bürgergruppen und der indigenen Völker den traditionellen Durchschnitt (etwa 33%) erreichte, andererseits durch die Stimmenverteilung selbst.

Allein die Partei von Evo Morales, der *Movimiento al Socialismo* (MAS), konnte mehr Stimmen gewinnen als bei den Wahlen 1999, aber weniger als bei den nationalen Wahlen 2002. Dem MAS gelang es auch, in für diese Partei neuen Departements (u.a. Santa Cruz, Pando, Tarija) Fuß zu fassen. Allerdings hatte die Führung von MAS – angesichts der Parteien- und Staatskrise – ein weitaus besseres Abschneiden erwartet: Man wollte die Mehrheit der Stimmen in der Hälfte der 327 Munizipien erringen. Dem MAS war zum Teil vorausgesagt worden, dass er als stärkste politische Kraft und als reale Alternative für die nächsten beiden Wahlen (Verfassungsgebende Versammlung 2005; Präsidentschafts- und Parlamentswahlen 2007) aus den Kommunalwahlen hervorgehen würde.

Der MAS erreichte – außer in La Paz und El Alto – seine besten Resultate in den ländlichen Gebieten sowie in den Munizipien mittlerer Größe. Er gewann in fünf von zehn Munizipien mittlerer Größe (Villa Tunari, Caranavi, Sacaba, Quillacollo, Montero). In den anderen fünf errangen *Unidad Nacional* (Viacha), MNR (Riberalta), MIP (Achacachi), NFR (Yacuiba) und MIR (Warnes) den Sieg. Gemäß vorläufiger Angaben und Hochrechnung entfielen etwa 70% aller Stimmen in den genannten zehn Munizipien auf die Parteien und 30% auf die AC/PI.

Die Partei *Movimiento Sin Miedo* (MSM) unter Führung von Juan del Granado, Bürgermeister von La Paz, hatte sich 1999 zum ersten Mal an den Munizipalwahlen beteiligt und im ersten Anlauf beachtliche 5,83% der gesamten Stimmen erreicht. 2004 gewann sie in La Paz mit überzeugenden 45,9% vor dem MAS mit 19,9%. In den neun Departementhauptstädten und El Alto lag sie an fünfter Stelle mit 5,9%. Sie ist – wie die überwiegende Mehrzahl der Parteien und Bürgergruppen – derzeit regional und lokal von Bedeutung. Als neue Partei bei diesen Wahlen ist die *Unidad Nacional* (UN) zu erwähnen. Sie erreichte unter der Führung des Unternehmers S. Doria Medina, der aus dem MIR ausgetreten war, gute Ergebnisse in La Paz und anderen Städten und verschaffte sich damit eine gute Ausgangsposition für die Wahlen zur Verfassungsgebenden Versammlung, die für Mitte 2005 vorgesehen sind.

Abbildung 1:
Durchschnittlicher Stimmenanteil der Parteien in neun Departementhauptstädten und in El Alto (in % der gültigen Stimmen insgesamt)



Quelle: Elecciones Municipales 2004
(www.bolivia.com/noticias).

Im Durchschnitt vereinten die Parteien in den zehn größten Städten des Landes zwischen 11,3% der Stimmen (MAS) und 0,66% der Stimmen (MIP) auf sich. Von den traditionellen Parteien

strafte die Wähler vor allem den MNR für die blutigen Ereignisse im Oktober 2003 ab: Bis 2002 war er noch stärkste Partei, 2004 erreichte er in den zehn wichtigsten Städten Boliviens im Durchschnitt nur 5,6% (s. Abbildung 1).

Neue Partizipationsformen mit „bekanntem“ parteipolitischen Gesichtern

Im Gegensatz zu den allzu hohen Erwartungen an die neuen Partizipationskanäle hatten der MAS und andere Akteure vorausgesagt, dass sich die Organisationen wahrscheinlich aufgrund ihrer Vielzahl, der Zersplitterung der Wählerstimmen und der politischen Unerfahrenheit selbst um ihre Chancen bei den Munizipalwahlen bringen würden. Das bewahrheitete sich vor allem in den ländlichen Munizipien. Ein großer Teil der AC/PI trat ohne ausreichende Unterstützung an und scheiterte, denn das Gesetz verfügt, dass alle AC, die keinen Stadtratssitz gewinnen, automatisch ihre Registrierung verlieren.

Der Stimmenzersplitterung (108 AC/PI mit jeweils nur einem Stadtratssitz) standen in acht von neun Hauptstädten der Departements und El Alto klare Mehrheiten für den Spitzenkandidaten und den Stadtrat gegenüber (Tabellen 2 und 3). Dieses Ergebnis wurde von einigen Kommentatoren als eine Zunahme der Legitimität und der *governabilidad* interpretiert: ein vordergründiger und zu schneller Schluss, vor allem angesichts der bisher sehr geringen Informationen (www.bolivia.com, 16.12.2004) über die AC/PI, über ihre Kandidaten und ihr Wählerpotential.

Die eigentlichen Gewinner der Wahlen 2004 waren die als Kandidaten von AC wiedergewählten Bürgermeister, die 1999 noch für eine Partei angetreten waren. Sie hatten entweder mit ihren Parteifreunden selbst eine Bürgergruppe gegründet oder bestehende AC „unterwandert“. Das bedeutet, die geringe Repräsentativität und Legitimität hat sich in den neu gewählten lokalen Regierungen fortgesetzt.

Berücksichtigt man zudem, dass nach Ansicht der Medien auch beim Wahlkampf keine merklichen Unterschiede zwischen den Parteien und den neuen Organisationen zu erkennen waren, scheint sich der vor den Wahlen geäußerte Pessimismus zu bewahrheiten: 2004 habe sich mit den AC/PI noch nichts Wesentliches in der politischen Kultur und der politischen Organisationslandschaft Boliviens verändert.

Agrupaciones Ciudadanas als Wahlvehikel für Ex-Parteipolitiker

Bei den Siegen der AC in 50% der neun Departementhauptstädte und El Alto handelt es sich also um einen „Scheinsieg“. Denn ihre jeweiligen Spitzenkandidaten hatten jahrelange vielfältige Erfahrungen in der Parteipolitik. FNR und UCS, über zehn Jahre dominierende Parteien in ihren

Hochburgen Cochabamba und Santa Cruz, sind 2004 durch die AC, angeführt von ehemaligen Führern dieser Parteien, ins Abseits manövriert worden. UCS und NFR erreichten z.B. in Cochabamba jeweils nur etwa 10%. In den zehn großen Städten des Landes erreichte die NFR nur einmal eine Platzierung unter den ersten fünf Kandidaten, die UCS zweimal.

Tabelle 2: Wahlgewinner (AC) in den Hauptstädten der Departements und El Alto

Santa Cruz	<i>Alianza Siglo XXI</i> mit R. Fernández (ex-UCS): 22,9% (FAPT: 20,4%; MUP: 19,7%)
Cochabamba	<i>Ciudadanos Unidos</i> mit G. Terceros (ex-MBL/ex-FNR) 33,3% (MAS: 31,1%; NFR: 9,9%; UCS: 9,8%)
El Alto	<i>Plan Progreso</i> mit J.L. Paredes (ex-MIR): 53,3% (MAS: 17,8%; M-17: 10,8%)
Potosí	<i>Alianza Social</i> mit R. Joaquina (ex-Eje Pachakuti, ex-PS): 65,5% (MIR-NM:10%; MNR: 3,9%)
Oruro	<i>Movimiento Ciudadano San Felipe de Austria</i> mit E. Bazán (ex-UCS): 39,5% (UN: 10,4%; MOVIBOL: 9,3%)

FAPT: Frente Amplio Para Todos;

M-17: Movimiento Social del 17 Octubre;

UN: Unidad Nacional;

MOVIBOL: Movimiento Bolivariano.

Zahlen in Klammern: nächstplatzierte Kandidaten.

Quelle: www.bolivia.com; www.cne.bo.com

Tabelle 3: Wahlgewinner (Parteien) in den Hauptstädten der Departements

La Paz	MSM: J. Granado: 45,9% (MAS:19,9%; UN: 12,6%)
Tarija	MIR: O. Montes: 52,3% (FRI: 12,6%; MNR: 10,0%)
Sucre	MBL: A. Nava: 28,4% (SPT: 20,6%; MPC: 18,1%)
Trinidad	AND: M. Chiriquí: 46,8% (MNR: 17,4%; AVE: 14,1%)
Cobija	ADN: P.Bravo: 36,4% (MAR: 33,2%; MIR-NM: 9,5%)

UN: Frente de Unidad Nacional;

SPT: Sucre Para Todos;

MPC: Movimiento Poder Ciudadano;

AVE: Autonomía Vecinal;

MAR: Movimiento Amazónico de Renovación Democrática.

Zahlen in Klammern: nächstplatzierte Kandidaten.

Quelle: www.bolivia.com; www.cne.bo.com

In den anderen fünf Städten haben Parteien mit ihren Kandidaten die Mehrheit der Stimmen gewonnen. Von Bedeutung für das politische Geschehen auf nationaler Ebene ist der Sieg der Partei *Movimiento Sin Miedo* (MSM). Sie erreichte nach einem Stimmenanteil von 116.652 (5,3%) bei den Munizipalwahlen 1999 nunmehr bei den Munizipalwahlen 2004 45,9% in ihrer Hochburg La Paz. Der MAS landete abgeschlagen auf dem zweiten Platz. Das gute Abschnei-

den des MIR in Tarija hat zwar lokale Bedeutung aber kaum Einfluss auf die Überwindung der Krise dieser Partei insgesamt und für die Erneuerung ihrer nationalen Führung. Nach den Munizipalwahlen 2004 bahnte sich eine offene Spaltung im MIR an, bei der Jaime Paz Pereira sich auf die Seite der Parteiführer schlug, die einen Generationenwechsel und den Rücktritt seines Vaters, J. Paz Zamora, forderten. Die Siege der ADN in Trinidad (Departement Beni) und Cobija (Depar-

tement Pando) können ebenfalls nicht darüber hinwegtäuschen, dass der Ausstieg des nationalen Vorsitzenden Jorge Quiroga aus dem Vorstand die Partei geschwächt hat. Quiroga hat bei den Munizipalwahlen Bürgergruppen mit aussichtsreichen Kandidaten z.B. in La Paz und El Alto unterstützt, um bis zur Verfassunggebenden Versammlung die Grundlagen für ein breites Bündnis zu konsolidieren.

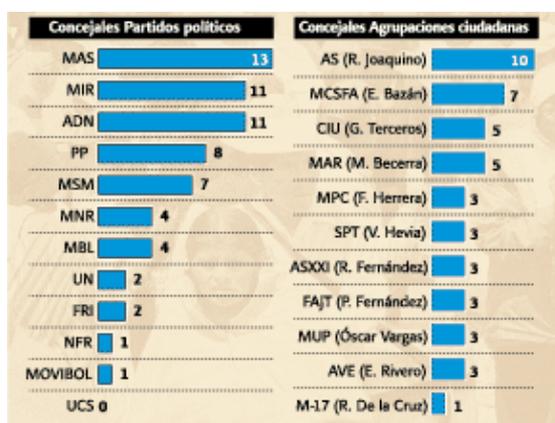
Angesichts des guten Abschneidens der AC mit den Parteipolitikern an der Spitze kommentierten die Medien, wie schnell sich die Bürgergruppen an das traditionelle politische System und seine Verfahren angepasst hätten. Jedoch erscheint plausibler, dass die agilen Lokalpolitiker und ihre Parteifreunde die neuen Organisationen geschickt für ihre Interessen ausgenutzt haben.

Von den zehn Städten, in denen die Gewinner der Wahlen vorher Bürgermeister waren, stellen in sechs Städten die AC auch die Mehrheit in den Stadträten. Sie brauchten also kein Bündnis auszuhandeln. Diese Konstellation deutet auf eine Konsolidierungstendenz und nicht auf eine Veränderung der alten Strukturen hin.

In den ländlichen Gebieten dagegen konnte – abgesehen von wenigen Ausnahmen – nur der MAS seine Kandidaten ein zweites Mal durchbringen.

Vor den Wahlen hatten sich Parteien und Organisationen darauf geeinigt, den Wählerwillen zu respektieren und den Kandidaten mit den meisten Stimmen als Bürgermeister zu bestätigen. Das Gesetz sieht vor, dass, wenn alle Kandidaten weniger als 50% der Stimmen erreichen, der Bürgermeister aus der Mitte des Stadtrates gewählt wird.

Abbildung 2:
Zahl der Stadträte gemäß Parteien und AC in den Departementhauptstädten und El Alto



Quelle: Elecciones Municipales 2004 (www.bolivia.com).

In Santa Cruz einigte sich die Bürgergruppe *Movimiento de Unidad Patriótica* (MUP) unter der Führung von Oscar Vargas (drittplatziertes Kandidat) mit der Bürgergruppe *Frente Amplio Para Todos* (FAPT) nach langem Tauziehen in einem „Bündnis für die Einheit und den Fortschritt von Santa Cruz“ darauf, gemeinsam zu regieren und Percy Fernández (Bruder von R. Fernández), auf Platz zwei bei den Wahlen, zum Bürgermeister zu machen. Der Gewinner der Wahlen, Roberto Fernández von der *Alianza Siglo XXI*, wurde damit in die Rolle des Oppositionsführers im Stadtrat gedrängt. Man munkelte in den Medien, dass eine Intervention von Seiten der Regional- und der Zentralregierung stattgefunden habe.

In Cochabamba bahnte sich ein ähnlicher Deal gegen den Gewinner Gonzalo Terceros und die AC *Ciudadanos Unidos* (CIU) an. CIU und MAS hatten beide zunächst andere Paktmöglichkeiten ventilert. MAS verhalf dann letztlich doch Terceros mittels seiner fünf Stimmen im Stadtrat (4 Stimmen: CIU) ins Amt des Bürgermeisters.

Zusammenfassend ist festzuhalten:

- Die Munizipalwahlen 2004 wurden zu einem für alle Beteiligten sichtbaren Fiasko der bis dahin dominierenden Parteien. Der MAS schnitt zwar am besten von den Parteien ab; jedoch gelang es ihm nicht, spürbare Fortschritte bei der Gewinnung von Stimmen in den städtischen Gebieten zu machen. Ein Hauptproblem ist, dass sich die Inhalte und die Umsetzung der Politik von MAS nicht klar von denen der traditionellen Parteien unterscheiden. Der MAS nahm zwar in den Munizipalwahlen 2004 unter den Parteien die Spitzenposition (mit 494.422 Stimmen bzw. 18,4%) ein, aber er verlor gegenüber den Präsidentschafts- und Parlamentswahlen 2002 (2002: 2. Platz nach MNR mit 581.884 Stimmen bzw. 20,9%), und dass obwohl 2004 die Zahl der registrierten Wahlberechtigten um 8,9% gestiegen war.
- Der Gewinn der Stimmenmehrheit war keine Garantie, dass der Kandidat dieser Partei oder jeder AC auch Bürgermeister würde; denn je gleichmäßiger sich die Stimmen zwischen den Spitzenkandidaten aufteilten, umso wahrscheinlicher war ein Pakt, um den Posten mit dem eigenen Kandidaten besetzen zu können. Die sichere Wiederwahl eines Kandidaten hing vor allem vom Grad der Zufriedenheit der Wähler mit dieser Person als Bürgermeister (und z.T. mit seinem Stadtrat) in den vergangenen fünf Jahren ab. Das war z.B. in El Alto bei J. L. Paredes und in La

Paz bei Juan del Granado ausschlaggebend. Aber auch in fünf weiteren Departementhauptstädten wurden die ehemaligen *alcaldes* wiedergewählt, sei es über die angestammten Parteien oder die AC.

- Bei den Wahlen 2004 haben sich weder im Wahlkampf noch in den Ergebnissen die neuen Partizipationskanäle mit innovativem politischen Diskurs oder mit herausragenden Führungspersönlichkeiten präsentieren können, die die Interessen der aufstrebenden sozialen Bewegungen auf nationaler Ebene (Verfassungsgebende Versammlung und Wahlen 2007) repräsentieren könnten.
- In einigen Fällen kristallisierten sich Persönlichkeiten heraus, die aber nur in ihrem Munizip selbst hohe Stimmenanteile gewinnen konnten. Ein Fall wie Manfred Reyes Villa (Cochabamba) mit dem Wählerverein NFR, dem der Sprung von der lokalen Ebene (Munizipalwahlen 1999: 8,3%) auf die nationale Ebene (Präsidentschafts- und Parlamentswahlen 2002: 20,3%) gelang, dürfte sich nicht so leicht wiederholen.
- Selbst die Spitzenkandidaten der Parteien aus La Paz (*Movimiento Sin Miedo*) und El Alto (*Plan Progreso*) mobilisierten kaum Stimmen in den Nachbarkommunen, obwohl sie selbst und ihre Effizienz in der Amtsführung über die Grenzen der beiden Städte hinaus bekannt gewesen sein dürften.
- Die Präferenz der Wähler, eine Person und nicht Programme bzw. Organisationen zu wählen, hat es den Politikern in den Hauptstädten der Departements 2004 erleichtert, ihren Wahlsieg von 1999, dieses Mal mit einer Bürgergruppe, zu wiederholen.

Demokratiekonsolidierung durch Munizipalwahlen ?

Euphorie oder – je nachdem – auch Ernüchterung über die Munizipalwahlen und das Abschneiden der Kandidaten sind verflogen; der Alltag mit den sozialen Unruhen, den Streiks und den Protesten, den regionalen Autonomieforderungen, den Vorbereitungen der Verfassungsgebenden Versammlung und dem Kampf des Präsidenten um sein Überleben hat Bolivien mit unverminderter Härte wieder eingeholt. Und es stellt sich die Frage, ob die Munizipalwahlen 2004 und ihre Neuerungen zu mehr Bürgerbeteiligung, zur politischen Beruhigung und zur Stabilisierung der Demokratie beigetragen haben.

Festzuhalten ist, dass die Demokratie auf lokaler Ebene seit 1987, als zum ersten Mal unabhängige lokale Autoritäten gewählt wurden, Fortschritte gemacht hat. Die Wahlbeteiligung ist, abgesehen von 1991, trotz zunehmender Ernüchterung über die geringe Leistungsfähigkeit der demokratisch gewählten Autoritäten, mit im Durchschnitt etwa 70% auf einem relativ hohen Stand geblieben. Das Aufbrechen der traditionellen politischen Strukturen durch neue Parteien ist lokal und auch regional mit UCS, Condepa und NFR nur zeitweilig gelungen. Diese populistischen Parteien haben sich inzwischen durch Selbstzerfleischung ins Abseits manövriert. Ob der Hoffnungsträger MAS die Stimmenzunahme 2004 auf die nationale Ebene bei der Verfassungsgebenden Versammlung sowie bei der Präsidentschafts- und Parlamentswahl 2007 transportieren kann, bleibt abzuwarten. Chancen bestehen auf alle Fälle, denn der MAS hat eine relativ breite Basis aufgrund seines jahrelangen Kampfes in der Bauernbewegung. Allerdings müssten für eine aussichtsreiche Positionierung in den kommenden beiden Wahlen neue Stimmpotentiale für den MAS erschlossen und Wahlbündnisse ausgehandelt werden. Ein Hinderungsgrund könnte sein, dass Morales seine Rolle als gegen die Regierung agitierender Bauernführer, der sich nach den Forderungen seiner Hochburg im Chapare richtet, nicht eindeutig zu Gunsten eines für die mittel- bis langfristigen Interessen der breiten Masse kämpferischen Abgeordneten aufgegeben hat.

Durch die „von oben verfügte“ PP 1994 und 1995 sowie die Beendigung des Parteienmonopols mittels der AC/PI 2004 sind die Grundlagen für eine effektive Verbreiterung der demokratischen Vertretung der Masse der Bevölkerung gelegt worden; die Herausbildung neuer politischer Gruppierungen mit ihren Führungsstrukturen wurde in Gang gesetzt.

Die 63 PI, die an den Munizipalwahlen 2004 teilgenommen haben, stellten im ersten Anlauf 105 (6%) Stadträte (davon sieben indigene Bürgermeister) in 60 Munizipien: ein wichtiger Impuls für die indigene Bewegung. Am erfolgreichsten war die *Confederación de Pueblos Indígenas de Bolivia* (CIDOB) mit elf Stadträten, davon zwei Bürgermeister. Das ist keineswegs verwunderlich; denn die CIDOB als Dachverband war unter der Wählerschaft ausreichend bekannt.

Auf die 341 an den Munizipalwahlen teilnehmenden AC entfielen 313 (17%) Stadträte. *Alianza Siglo XXI* stand an der Spitze der AC mit den

meisten Stimmen (84.965 bzw. 3,1%) insgesamt, und zwar noch vor Parteien wie NFR (2,9%), UCS (2,7%), ADN (2,5%) und MBL (2,5%). Die AC haben bei ihrem Stimmenanteil von dem Erfolg, der Persönlichkeit und dem Bekanntheitsgrad der politischen Führer profitiert, die von den Parteien zu den AC wechselten. Ohne das „Recycling“ dieser traditionell von einer breiten Masse unterstützten Kandidaturen wäre der Erfolg der „von oben“ verordneten politischen Partizipation geringer gewesen.

Ob sich die AC/PI von den traditionellen Führern lösen bzw. sich eigenständig weiterentwickeln werden, dürfte einerseits von der Zufriedenheit der Bürger und der Effizienz der Spitzenkandidaten als Bürgermeister abhängen; andererseits wird ihr Schicksal davon bestimmt, ob die derzeitige Polarisierung der Organisationen und Stimmen (108 AC/PI haben jeweils nur ein Mitglied in einem Stadtrat) verringert werden kann. Die Gefahr ist nicht von der Hand zu weisen, dass auch sie keine breitere Legitimation erreichen könnten, und dass sie ihre Struktur oder ihre Führung betreffend die Fehler der traditionellen Parteien begehen.

Laut *Latinobarómetro* waren 2004 nur 16% der Bolivianer mit dem Funktionieren der Demokratie in ihrem Lande zufrieden; 1996 sind es mit 24% auch nicht viel mehr gewesen. Die Skepsis, mittels der Wahlen bzw. des Wahlverhaltens Veränderungen des politischen Systems zu erreichen, ist ebenfalls groß. Bolivien war 2004 mit 37% der Befragten, die diese Frage bejahten, Schlusslicht der 18 lateinamerikanischen und karibischen Länder. Ob sich an dieser Tendenz durch die gesetzlich verfügte „Entmonopolisierung“ der Parteien und die eventuell mögliche Konkurrenz der neuen Organisationsformen etwas ändern wird, könnte vielleicht schon nach den Wahlen zur Verfassunggebenden Versammlung, spätestens aber 2007 zu erkennen sein.

Für die Bewältigung der bolivianischen Demokratiekrise ist entscheidend, dass es zu einer Symbiose zwischen sich „rund erneuernden“ Parteien und sich konsolidierenden neuen Organisationsformen der Bürger und indigenen Völker kommt. Die Glaubwürdigkeit der Parteien als Institutionen und die sie beherrschenden obsoleten Führungskader sind seit Oktober 2003 ein zunehmendes Problem. Denn einzelne Sympathieträger der Parteien können – wie die Munizipalwahlen gezeigt haben – selbst derzeit noch hohe Stimmenanteile erreichen; ihre Parteien dagegen konnten in den Departementhauptstäd-

ten nicht einmal 50% der Stimmen der vorhergehenden Munizipalwahlen mobilisieren.

Insgesamt betrachtet, wurde mit 1.845.680 Stimmen (von insgesamt 2.674.838 gültigen Stimmen) und 1.386 Stadträten das „De-facto-Monopol“ der Parteien (16 nahmen an den Munizipalwahlen teil) nicht gebrochen: Der MAS erreichte die meisten Stimmen (494.422 = 18,4%), gefolgt vom MSM (233.827 = 8,7%) und dem MIR (177.913 = 6,6%). Bei den Stadträten steht der MAS mit 452 an der Spitze, gefolgt vom MNR mit 196, dem MIR mit 155, der UN mit 116 und der ADN mit 110.

Tendenziell urteilen die Beobachter J. Lazarte, F. Mayorga, M. Varnoux übereinstimmend, dass die AC und die PI, zumindest kurz- bis mittelfristig, die Legitimations- und Repräsentationskrise in Bolivien nicht lösen können; denn zu ihrer Bewältigung sind dauerhafte und politisch erfahrene Mittlerstrukturen zwischen dem Staat und den Bürgern erforderlich (La Prensa, 5.12.2004, www.laprensa.com.bo, www.bolivia.com/noticias). Wahrscheinlich schon bei den nächsten Munizipalwahlen – vorausgesetzt, die Parteien können sich erholen – dürfte sich herausstellen, ob die neuen Partizipationsformen überhaupt Bestand haben werden.

Auswirkungen der Munizipalwahlen auf die Verfassunggebende Versammlung

Das schlechte Abschneiden der drei traditionellen Parteien (speziell des MNR) in den wichtigsten Städten und Regionen, die zunehmende Marginalisierung ihrer bisher dominierenden nationalen Führer, die Zersplitterung der AC und der PI sowie die regionalen Autonomieforderungen haben die politische Polarisierung verstärkt. Die vielfach perzipierte Tendenz, dass das demokratische System kollabieren oder zumindest Teile seines Regelwerkes wegbrechen könnten, greift um sich. Diese Entwicklungen verkomplizieren die geplante Wahl der Verfassunggebenden Versammlung, ihre Zusammensetzung und ihre Funktionsweise, vor allem was die Aushandlung von Bündnissen, von Konsenspositionen und die angemessene Berücksichtigung von Minderheitsvoten betrifft.

Die Munizipalwahlen 2004 haben – soweit bis jetzt zu beurteilen – nicht dazu geführt, dass sich neue lokale oder regionale Persönlichkeiten als aussichtsreiche nationale Kandidaten für die Verfassunggebende Versammlung herauskristallisieren. Die neuen Partizipationsformen haben einen ersten Impuls in den Munizipalwahlen erhalten. Dieser dürfte aber nur in Einzelfällen für eine

eigenständige Positionierung bei der Verfassunggebenden Versammlung ausreichen. Eher ist davon auszugehen, dass die AC von den Parteien „vereinnahmt“ und ihre Interessen manipuliert werden.

Die Polarisierung des Stimmenpotentials zwischen den beiden derzeit stärksten parteipolitischen Führern, Evo Morales (MAS) und Jorge Quiroga (ADN), ist seit den Munizipalwahlen tendenziell steigend. Ziel dürfte sein, die Wähler auf die politischen Interessen und die Machtambitionen von Morales und Quiroga bei der Verfassunggebenden Versammlung und vor allem bei den Wahlen 2007 auszurichten (El País, 7.12.2004, www.bolivia.com/noticias).

Die Zustimmung der Bevölkerung zur politischen Arbeit von Evo Morales ist – gemäß einer Umfrage von Apoyo, Opinión y Mercado Bolivia – nach den Munizipalwahlen von 34% der Befragten (Stichprobe: La Paz, Cochabamba, Santa Cruz) auf 40% gestiegen; in der Hochburg des MAS Cochabamba sind es sogar 58%, in Santa Cruz dagegen nur 28% (El País, 3.1.2005, www.bolivia.com/noticias). Das gute Abschneiden bei den Munizipalwahlen dürfte die Position von MAS und Evo Morales für die Wahlen zur Verfassunggebenden Versammlung gestärkt haben.

Regionale Autonomie und Munizipalwahlen 2004

Der *Comité Cívico Pro Santa Cruz* (CCPSC) forderte im Juni 2004 Staatspräsident Mesa und das Parlament auf, das Autonomiereferendum zusammen mit den Munizipalwahlen durchführen zu lassen. Die *cruceños* sagten dem Zentralismus von La Paz endgültig den Kampf an. Sie wollen eine möglichst weitgehende Selbstverwaltung der entwicklungsstärksten Region des Landes durchsetzen, und zwar auch gegen die Zentralverwaltung und gegen die verfassungsrechtlichen Bedenken.

Das Hauptinteresse der in dem Bürgerkomitee von Santa Cruz organisierten Elite gilt den Einnahmen aus den Öl- und Gasressourcen. Ziel der Autonomieforderung, die von dieser Elite „gepusht“ wird, ist nicht die Selbstverwaltung der derzeit zufließenden Mittel, sondern die „Aneignung“ eines möglichst großen Anteils aus den gesamten Steuern und den Royalties. Das wird von den „armen“ Regionen und ihren Vertretern abgelehnt. Sie treten für eine nationale Kontrolle und Verteilung dieser Mittel ein und stärken damit der Zentralverwaltung und Staatspräsident Mesa den Rücken, der vor allem die Durchführ-

barkeit der bolivianischen Forderungen gegenüber den Konzernen im Auge hat.

Der CCPSC verkündete Ende Januar 2005 in einem *cabildo abierto* in Santa Cruz die Gründung einer *Asamblea Provisional Autónoma* (APA), deren Aufgabe sein würde, das Departement in die Autonomie zu führen. Die APA soll aus den Abgeordneten des Departements im Kongress (25), den derzeitigen Mitgliedern der Präfektur (23), den Führern der PI (3) sowie den Mitgliedern der Munizipalregierungen (56) gebildet werden. Sollte es zu dieser Zusammensetzung der APA kommen, dürfte die Vertretung der Interessen der Basis und der peripheren Munizipien wiederum auf der Strecke bleiben.

Die meisten *cruceños* ziehen eine Abspaltung nicht ernsthaft in Betracht. Sie wollen eine politische und wirtschaftliche Dezentralisierung, um die Dominanz des Hochlandes (und seines „Apparates“) zu brechen. Die Einbeziehung der Basis mittels der neuen Organisationsformen könnte unterstützend wirken. Ob später auch deren Interessen berücksichtigt werden, bleibt abzuwarten, denn die Basisorganisationen außerhalb der Städte sind vielfach zu schwach um sich durchzusetzen.

Die Departements Tarija (Süden), Pando (Nordwesten) und Beni (zentraler Norden), die mit Santa Cruz (Osten) die *media luna* (Halbmond) um den *Altiplano* bilden, hatten ebenfalls 2004 ihre Vertreter im Parlament aufgefordert, ein regionales Autonomiereferendum bei den anstehenden Gesetzesänderungen (für den Erdöl- und Erdgassektor) zu berücksichtigen. Sie „segeln“ derzeit im Windschatten der Forderungen von Santa Cruz.

Auf die Erklärung des CCPSC Ende Januar 2005 reagierte Präsident Mesa mit einer „Vorwärtsstrategie“. Er stellte sich hinter die Autonomieforderung von Santa Cruz, erklärte sie zu einem legitimen Anliegen und kündigte für den 12. Juni 2005 (mit Dekret 27988) die erste Wahl des – bisher vom Staatspräsidenten ernannten – Präfekten an. Mittlerweile hat zwischen den Abgeordneten und den Vertretern der Zivilbevölkerung der verschiedenen Departements das Tauziehen um die zeitliche Abfolge der drei Wahlen (Verfassunggebende Versammlung, Autonomiereferendum, Präfektenwahl), die sich zum Teil gegenseitig „überflüssig“ machen könnten, begonnen.

Participación Popular als Vehikel für mehr lokale Wirtschaftsentwicklung

Die wirtschaftliche Entwicklung 2004 war relativ stabil, jedoch gibt es weiter Anlass zu großer Besorgnis. Der Zuwachs des BIP belief sich nach vorläufigen Angaben der CEPAL auf – zu geringe – 3,6% (BIP pro Kopf: 1,5%), die Inflation lag bei 4,9%. Die Exporte und Importe sowie der Handelsbilanzsaldo zeigten eine positive Tendenz; die Exporte profitierten von den hohen Rohstoffpreisen. Die Situation der Währungsreserven präsentierte sich infolgedessen entspannt. Problematisch waren die höheren Kapitalabflüsse und der weitere Anstieg der öffentlichen Auslandsschuld. Diese liegt mit etwa 53% des BIP schon wieder so hoch wie vor dem Schuldenerlass 2001.

Mehr und stabileres Wachstum ist angesichts des unverändert hohen Anteils der Bevölkerung unter der Armutslinie (etwa 65% der Gesamtbevölkerung) dringend erforderlich. Dafür müssen die Exporte (speziell von Gas durch einen Pipelinebau zum Pazifik, neue Kontrakte z.B. mit Argentinien und den USA) aktiviert, der Investitionsstandort (u.a. durch mehr Rechtssicherheit, politische Stabilität, ein schlüssiges wirtschaftspolitisches Konzept, Lösung der Probleme mit Chile) verbessert und die Bodenschätze mittels Mehrwert schöpfender Verarbeitung nachhaltig genutzt werden.

Zudem gilt es, die lokale Partizipation und die am 5. Januar 2005 ins Amt eingeführten Munizipalregierungen, vor allem in den ländlichen Gebieten, in verstärktem Maße zur Förderung der lokalen Wirtschaft zu nutzen, auch aufgrund ihrer relativ guten Finanzierungsmöglichkeiten. Nur so kann das vielfach benutzte Schlagwort vom *municipio productivo* – in Form von kleinen und mittleren Investitionen – Realität werden.

Ausblick: Erneut ein demokratisch verbrämter Abgang des Staatspräsidenten?

Die erweiterte politische Partizipation und die Munizipalwahlen haben das soziale Klima nicht entspannt; nach der „Weihnachtspause“ setzten sich die Streiks und Demonstrationen für die Rücknahme der Erhöhung der Benzin- und Dieselpreise (etwa 10%; DS 27959, 30.12.2004), für 50% Royalties im neuen Erdöl- und Erdgasgesetz und für die Verbesserung der Wasserversorgung in El Alto (Rückzug des Unternehmens Aguas del Illimani) fort, letztlich mit dem Ziel, auch die Regierung Mesa zur Aufgabe und den Kongress zu vorgezogenen Neuwahlen zu zwingen. Mesa erklärte Anfang Januar in einer TV-Ansprache,

dass er, sollte es zu Gewalt und Chaos kommen und eine effektive Regierungstätigkeit nicht mehr gewährleistet sein, das Amt niederlegen werde. Die Proteste und Rücktrittsforderungen wurden auf Druck der Basis nun auch von MAS, der bis dahin hinter dem Präsidenten gestanden hatte, unterstützt. Die Streitkräfte und die Bürgermeister und Stadträte von La Paz und El Alto stehen hinter Mesa. Der Führer der Nachbarschaftskomitees, Abel Mamani, weist die Vorwürfe Mesas zurück, er arbeite mit den Forderungen bezüglich Aguas del Illimani auf den Sturz des Präsidenten hin.

Mesa hatte angesichts der schwierigen Situation Anfang 2005 begonnen, mit verschiedenen parteipolitischen Kräften über einen Pakt zu verhandeln; denn kurz nach den Munizipalwahlen im Dezember 2004 hatte die regelmäßige Umfrage von *Apoyo, Opinión y Mercado Bolivia* ergeben, dass mit 56% der Befragten, die der Regierungstätigkeit des Präsidenten zustimmen, eine leicht steigende Tendenz zu verzeichnen war (*La Razón*, 3.1.2005, www.la-razon.com). Durch die Kehrtwendung von MAS, mit 35 Abgeordneten und Senatoren zweitstärkste Kraft im Parlament, und der Opposition von Teilen des MNR (47 Parlamentarier) und NFR (27 Parlamentarier) war ein Mehrheitspakt nicht möglich; zudem verstärkten sich die Proteste und die Blockade der Versorgungsstraßen zu den Städten. Mesa wagte das „Spiel mit dem Feuer“, da er die Bevölkerung, die Kirche, das Militär, die Regierungen der Nachbarstaaten sowie einen Teil der Parteien und der Basisorganisationen hinter sich wusste. Sie unterstützten die Bestätigung von Mesa als Staatsoberhaupt und einen *pacto social*, der eine möglichst effektive Regierungsarbeit von Mesa bis 2007 ermöglicht, selbst wenn sie ihn zum Teil nur als das „kleinere Übel“ im Vergleich zu einem Machtvakuum (bei Annahme des Rücktrittsgesuchs) akzeptieren. Eine Spezialausgabe der Zeitung *La Razón* wusste am 8. März 2005 zu berichten, dass der Konsens im Parlament auf eine Bestätigung von Staatspräsident Mesa und einen ihn unterstützenden Pakt der Mehrheit der Parlamentarier hinauslaufen würde. Ob der Pakt wirklich zustande kommt und mittelfristig dem Druck der Straße standhält, hängt u.a. davon ab, ob die Anhänger eines radikalen Erdöl- und Erdgasgesetzes (50% des Gewinnes der Produktion – *en boca de pozo* – für Bolivien) die Blockierung der Straßen aufgeben und sich die Versorgungslage der Städte baldmöglichst normalisiert. Eine weitere wichtige Voraussetzung ist, dass die Mehrheit der Parlamentarier und der Präsident selbst den Pakt einhalten.

Benutzte Quellen

- CEDIB (Centro de Documentación e Información Bolivia), www.cedib.org/ (Ley de Agrupaciones Ciudadanas y Pueblos Indígenas, 26.8.2004; Dos Bolivias: el falso debate de las autonomías regionales, 4.11.2004).
- CEPAL: Balance preliminar de las economías de América Latina y del Caribe, Santiago de Chile 2003 + 2004 (www.eclac.org).
- Corporación Latinobarómetro, Santiago de Chile: Informe – Resumen Latinobarómetro 2004. Una década de mediciones, 13.8.2004 (www.latinobarometro.org).
- Corte Nacional Electoral, Documentos de Información Pública, No. 1 und 2 (September/Oktober 2004) (www.cne.org.bo).
- Elecciones Municipales 2004, www.bolivia.com/Especiales/2004/Elecciones_Municipales (noticias; resultados)
- IberoDigital: Elektronisches Archiv für Zeitungsausschnitte (www.rz.uni-hamburg.de/IIK/IberoDigital).
- El Nuevo Día, versch. Ausg. (www.el-nuevodia.com).
- El Diario, versch. Ausg. (www.eldiario.net/).
- El País, versch. Ausg. (www.bolivia.com/noticias/autonoticias).
- La Prensa, La Paz, versch. Ausg. (www.laprensa.com.bo).
- La Razón, La Paz, versch. Ausg. (www.la-razon.com/).
- Latin American Weekly Report + Latin American Andean Group Report (versch. Ausg.).
- UDAPE: Mapas de la pobreza 1994-2002 (www.udape.gov.bo/mapaPobreza).

Zu Bolivien erschienene Ausgaben des „Brennpunkt Lateinamerika“ (2000-2004)

- Nr. 15-04 Referendum in Bolivien. Mehr Bürgerbeteiligung zur Stabilisierung einer prekären Demokratie (Yesko Quiroga)
- Nr. 05-03 Bolivien: Ein Gewaltausbruch und seine Folgen (Ulrich Goedeking)
- Nr. 21-03 Bolivien – Ende eines Modells? Der Sturz der Regierung Sánchez de Lozada mehrt Zweifel an der Stabilität und am künftigen Entwicklungsweg des Landes (Wolfram Klein)
- Kurzinfo XII (2003): Bolivien – der Polizei(lose) Staat (Wolfram Klein)
- Nr. 14-02 Wahlen in Bolivien: Zweite Amtszeit für Sánchez de Lozada – Bauernvertreter dominieren die Opposition (Ulrich Goedeking)
- Nr. 12-01 Bolivien: Nach vier Jahren Stagnation, ein unruhiges Land (Ulrich Goedeking)
- Nr. 15-00 Halbzeit der Banzer-Regierung: Braucht Bolivien eine Neuaufgabe der Konzertation (Mechthild Minkner-Bünjer)
- Nr. 24-00 Entschuldungsinitiative HIPC für Bolivien: eine neue Chance für die Armutsbekämpfung (Mechthild Minkner-Bünjer)

Autorennotiz:

Mechthild Minkner-Bünjer, Dipl.Kfm. Dipl.Hdl., ist assoziierte Mitarbeiterin am Institut für Iberoamerika-Kunde. Regionale Schwerpunkte: Andenländer und Zentralamerika. Thematische Schwerpunkte: Wirtschaft und Wirtschaftspolitik, Entwicklungspolitik der Länder, Dezentralisierung, Beschäftigungspolitik und Armutsbekämpfung, Integration, deutsche Entwicklungskooperation.

E-Mail: minkner@public.uni-hamburg.de

Impressum: BRENNPUNKT LATEINAMERIKA erscheint zweimal im Monat und wird vom Institut für Iberoamerika-Kunde (IIK) in Hamburg herausgegeben. Das IIK bildet zusammen mit dem Institut für Allgemeine Überseeforschung, dem Institut für Asienkunde, dem Institut für Afrika-Kunde und dem Deutschen Orient-Institut den Verbund der Stiftung Deutsches Übersee-Institut. Aufgabe des IIK ist die gegenwartsbezogene Beobachtung und wissenschaftliche Untersuchung der politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklungen in Lateinamerika. Das Institut ist bemüht, in seinen Publikationen verschiedene Meinungen zu Wort kommen zu lassen, die jedoch grundsätzlich die Auffassung des/der jeweiligen Autors/Autorin und nicht unbedingt die des Instituts darstellen.

Redaktion: Detlef Nolte; Lektorat und Produktion: Wolfgang Bauchhenß und Ditta Kloth.

Bezugsbedingungen: € 61,50 p.a. (für Unternehmen und öffentliche Institutionen); € 46,- (für Privatpersonen und Nichtregierungsorganisationen); € 31,- (für Studierende und Erwerbslose). Für den Postversand wird ein zusätzlicher Betrag von € 15,30 erhoben. Einzelausgaben kosten € 3,10 (für Studierende € 2,10). BRENNPUNKT LATEINAMERIKA kann auch zum Abopreis per E-Mail bezogen werden.

INSTITUT FÜR IBEROAMERIKA-KUNDE

Alsterglaciis 8 · D-20354 Hamburg · Tel: 040 / 41 47 82 01 · Fax: 040 / 41 47 82 41

E-Mail: iikh@uni-hamburg.de · Internet: <http://www.duei.de/iik>

Institut für Iberoamerika-Kunde – Hamburg

**Sabine Kurtenbach / Mechthild Minkner-Bünjer /
Andreas Steinhilf (Hg.):**

Die Andenregion – neuer Krisenbogen in Lateinamerika

**Frankfurt/M.: Vervuert 2004, 434 S., € 28,-
ISBN 3-89354-523-9**

**Schriftenreihe des Instituts für Iberoamerika-Kunde, Hamburg
Band 59**

Politisch, wirtschaftlich und sozial häufen sich in den Andenländern seit Mitte der 90er Jahre die Krisenszenarien und negativen Schlagzeilen. Der Sammelband analysiert die Krise der Andenländer ebenso in ihrer regionalen und sektoralen Dimension (Demokratie, wirtschaftliche Entwicklung, Drogenhandel, indigene Bewegungen, neue soziale Akteure, Menschenrechte) wie in ihrer spezifischen nationalen Ausprägung in Bolivien, Peru, Ekuador, Kolumbien und Venezuela. Darüber hinaus werden die Reaktionen und der Umgang externer Akteure mit der Krise der Andenländer sowohl aus wissenschaftlicher wie aus praxisnaher Perspektive untersucht (Andenländerkonzept der Bundesregierung, die Wirtschaftsbeziehungen Deutschland – Andengemeinschaft, EU, Brasilien, USA). So unterschiedlich die Ansätze und Themen des vorliegenden Bandes auch sind, so machen sie doch eines deutlich: Nur wenn es gelingt schnell auf verschiedenen Ebenen und nicht nur gegenüber einzelnen Symptomen der Krise Ansätze für kreatives Krisenmanagement und ein integriertes Vorgehen zu identifizieren und umzusetzen, wird es der Region und den dort lebenden Menschen erspart bleiben, von der Krise ins Chaos abzurutschen.

Institut für Iberoamerika-Kunde, Alsterglaci 8, 20354 Hamburg

Tel. 040 / 41 47 82 01 – Fax 040 / 41 47 82 41

E-Mail: publications@iik.duei.de – <http://www.duei.de/iik>



► www.cibera.de ◄

Die Virtuelle Fachbibliothek Ibero-Amerika ist unter dem Namen **cibera** online gegangen. Das Internetportal richtet sich an Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler sowie Studierende der Kultur, Geschichte, Politik, Wirtschaft und Gesellschaft der spanisch- und portugiesischsprachigen Länder sowie der Karibik. Ihnen und allen Interessierten ermöglicht **cibera** eine zielgerichtete Suche in heterogenen und dezentral gepflegten Datenbeständen über ein **zentrales Einstiegsportal**.

Mithilfe einer einheitlichen, leicht zu bedienenden Suchoberfläche finden Sie **Literaturnachweise, Volltexte, Datenbankeinträge** und **Internetadressen**. Die Suche wie auch die meisten der Informationen sind kostenlos zugänglich.

Die angebotenen Informationen und Quellen sind **qualitätsgeprüft** und werden regelmäßig **aktualisiert**. Die Datenbanken werden kontinuierlich durch neue Quellen erweitert, und das Portal wird in Zukunft durch zusätzliche Angebote und weitere Funktionalitäten ergänzt.

Die Angebote im Einzelnen:

- Simultane Suche über mehrere **Bibliothekskataloge** relevanter Einrichtungen
- Sammlung von **Internetquellen**: Zugriff auf z.Zt. über 1600 elektronische Volltexte (Graue Literatur) mit Relevanz für die Fachgebiete Politik-, Sozial- und Wirtschaftswissenschaften sowie auf mehr als 3200 Iberolinks, die Websites von Organisationen und Institutionen aus dem Bereich der Philologien, der Politik-, Sozial- und Wirtschaftswissenschaften nachweisen
- Suche im virtuellen **Pressearchiv IberoDigital** mit über 100.000 Pressemeldungen lateinamerikanischer und internationaler Tages- und Wochenzeitungen seit September 1999 sowie in ca. 40.000 Seiten mit retrodigitalisierten Presseartikeln und Dokumenten aus dem ‚Spiegel der lateinamerikanischen Presse 1974 bis 1998‘
- Suche nach Artikeln in den Inhaltsverzeichnissen von über 1500 Zeitschriften seit dem Jahr 2000 im **Inhaltsverzeichnis-Dienst**
- Eine Auswahl von Online-Angeboten lateinamerikanischer Tagespresse im **Virtuellen Lesesaal**
- **Metasuche** über alle Datenbanken

Seit Mai 2003 erarbeiten das **Ibero-Amerikanische Institut (Berlin)**, das **Institut für Iberoamerika-Kunde (Hamburg)** und die **Staats- und Universitätsbibliothek Bremen** Konzeption und Umsetzung des Recherche-Portals **cibera**. Weitere Einrichtungen haben bereits Interesse an einer Mitarbeit gezeigt. Ab Mitte 2005 wird sich die Staats- und Universitätsbibliothek Hamburg mit einem Ergänzungsprojekt an **cibera** beteiligen.

cibera wird durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft gefördert und gehört zum fächerübergreifenden Wissenschaftsportal **vascoda** (www.vascoda.de).

Im Frühjahr 2005 wird es im Ibero-Amerikanischen Institut eine Fachtagung zum Thema „Virtuelle Fachbibliotheken“ geben. Nähere Informationen finden Sie auf www.cibera.de.